

Anträge und Empfehlungen der Arbeitsgruppe Finanzen Einwohnerrat Obersiggenthal

Stellungnahme Gemeinderat zu Anträgen (Kategorie 1, Budget) zu Händen des Einwohnerrates

Beschlossene Anträge

Stand: 15.8.2016

Bereich Konto	Thema	Betrag	Stellungnahme Gemeinderat
Legislative, Portokosten Stimmmaterial 0221.3170.12	Rücksand ins Wahlbüro nur noch per B-Post	1'500	Nicht einverstanden Die Auswirkungen für Stimmbürger sind zu gross. Der Rücksand per B-Post dauert bis zu einer Woche. Die Anzahl der verspätet eingegangenen Couverts würden sich damit erhöhen.
Kultur, übriges Neujahrsapéro 3290.3170.12	Verzicht auf Durchführung Neujahrsapéro	3'500	Einverstanden Der Neujahrsapéro wird ab 2017 gestrichen und nicht mehr durchgeführt. Im Budget 2017 ist dieser nicht mehr enthalten.
Allgemeine Dienste Gehaltsnebenleist. 0220.3099.00	Verzicht auf Teamanlässe und Kaderausflug	5'500	Nicht einverstanden. In der Gemeinde gibt es 61 Vollzeitstellen, Der Teambildungsbeitrag entspricht somit einen Gesamtbetrag von CH 9'150 (versch. Dienststellen). Der Antrag der Arbeitsgruppe Finanzen ist etwas unklar formuliert. Auf Nachfrage bestätigt die Arbeitsgruppe Finanzen, dass beantragt wird, die Hälfte des Teambildungsbeitrags zu streichen. Der Gemeinderat hält am Gesamtbeitrag fest. Der Gemeinderat hält ebenfalls am Kaderausflug fest.
Legislative Tiefenprüfung 0110.3132.00	Tiefenprüfung nur noch alle 2 Jahre durchführen	4'500	Einverstanden. Die Tiefenprüfung kann somit alle zwei Jahre stattfinden. Im 2017 ist keine Tiefenprüfung budgetiert.
Feuerwehr Löhne 1500.3010.02	Senkung der Löhne Anpassung der Reglemente	5'000	Nicht einverstanden. Bereits heute ist es schwierig genügend Leute zu motivieren und korrekt zu entschädigen. Eine Senkung der Löhne birgt die Gefahr, dass nicht mehr genügend qualifizierte Personen für Spezialaufgaben gefunden werden können. Wenn man den Sold und die Funktionsentschädigungen mit anderen Feuerwehren der gleichen Grössenklasse vergleicht, ist Obersiggenthal im unteren Mittelfeld.
Feuerwehr Kleider 1500.3112.00	Reduktion der Auslagen für die Erstausrüstung der Mannschaft	3'500	Einverstanden Die Kürzung ist im Budget 2017 bereits berücksichtigt. Die Kürzung bei den Kleidern beträgt im Budget 2017 CHF 6'000.

Bereich Konto	Thema	Betrag	Stellungnahme Gemeinderat
Feuerwehr Spesen 1500.3170.00	Auf die Einladung der Partner an der Feuerwehrschlussprobe (alle 2 Jahre) soll verzichtet werden		Nicht einverstanden Im Budget 2017 ist der Anlass bereits ohne Teilnahme der Partner budgetiert.
Bildung Fachliteratur 21..... diverse	Senkung der Ausgaben für Zeitschriften und Fachliteratur	2'500	Nicht einverstanden. Sämtliche Abos wurden bereits überprüft. Von den total CHF 13'540 in den Konten xxx.3103.00 sind nur ein sehr kleiner Teil solche Abos (ca. CHF 2'000). Das diesbezügliche Einsparungspotential liegt bei ca. CHF 300 und wurde beim Budget 2017 bereits einberechnet (siehe 2191.3103.00). Der Grossteil der Kosten fällt bei diesen Konten für Literatur an. Dabei geht es primär um Bücher für Schüler bzw. auch die Schülerbibliothek Unterboden. Ebenfalls über xxx.3103.00 wird Fachliteratur für LP abgerechnet. Häufig ist Fachliteratur der falsche Begriff dazu, es geht vielmehr um zusätzliches Lernmaterial, welches dann im Unterricht angewendet wird. Auch hier wäre absolut am falschen Ort gespart!
Kultur übriges Kulturszene, Beiträge an private Organis. 3290.3636.03	Beiträge an Veranstalter und Organisationen ohne OS-Bezug streichen Reduktion von 12 auf 6 Veranstaltungen der Kulturszene	27'000	Einverstanden Der Antrag der Arbeitsgruppe interpretiert der Gemeinderat wie folgt: Kürzung Beiträge für Dritte: CHF 12'000 Kürzung Beiträge für Kulturszene: CHF 15'000 Die Kürzungen werden im Budget berücksichtigt. (siehe auch Argumente der Kulturszene)
Kultur übriges Bundesfeier 3290.3170.13	Verzicht auf Durchführung einer Bundesfeier	9'000	Nicht einverstanden Die traditionelle Bundesfeier soll erhalten bleiben. Die Auslagen für die Bundesfeier werden im Budget 2017 wieder aufgenommen.
Sporthalle Reduktion Löhne 3410.3010.00	Reduktion Hauswartlöhne Einschränkung von Vermietungen	15'000	Nicht einverstanden Der Antrag soll in die Kategorie 2 verschoben werden und nach Einführung des neuen Hauswartsystems überprüft werden.
Gemeindesaal Reduktion Löhne 3291.3010.00	Reduktion Hauswartlöhne Einschränkung von Vermietungen	15'000	Nicht einverstanden Bisher wurden für Hauswarteleistungen im Gemeindesaal keine Überstunden ausbezahlt. Darum ist diese Position obsolet und kann nicht umgesetzt werden. Mit den Vermietungen generiert die Gemeinde Einnahmen von CHF 20'000 bis CHF 30'000 pro Jahr.

Bereich Konto	Thema	Betrag	Stellungnahme Gemeinderat
Ludothek Schliessung 3424..... div	Gänzliche Schliessung der Ludothek	30'000	Nicht einverstanden Es handelt sich um ein wertvolles Angebot für Familien in der Gemeinde. Das Angebot fördert das Spielen als aktive Freizeitgestaltung und kulturelle Betätigung, indem sie an Kinder, Erwachsene, Institutionen und Schulen Spiele und Spielsachen ausleiht. (siehe auch Argumente der Ludothek)
Schneesportlager 3421.4260.00	Erhöhung Elternanteil für die Schneesportlager	10'000	Teilweise einverstanden Der Gemeinderat ist mit einer moderaten Erhöhung CHF 25, statt CHF 50 wie von der Arbeitsgruppe beantragt, einverstanden. Ergibt Mehrertrag von CHF 5'000.
Hilfsaktionen 5920.3636.00 5930.3636.00	Reduktion der freiwilligen Beiträge von 30'000 auf 15'000	15'000	Teilweise einverstanden Der Gemeinderat ist bereit, einen reduzierten Beitrag von CHF 20'000 im Budget aufzunehmen.
Artengliederung Allg. Verwaltung Honorare	10 % Allg. Reduktion 10 % Kürzung generell		Nicht einverstanden Unklare Formulierung des Antrages durch die Arbeitsgruppe Finanzen. Eine Präzisierung ist notwendig. Der Gemeinderat geht von einer Summe von gesamthaft ca. CHF 248'000 aus Grundsätzliches: In vielen Fachbereichen ist man auf externe Unterstützung angewiesen (Rechtsanwälte, Ingenieure, Fachgutachter, etc.). Eine Kürzung würde die Entwicklung und Steuerung der Gemeinde zu stark einschränken. Teilweise sind sehr viele Fachgebiete betroffen. Die sehr schmale Personaldecke schränkt die Möglichkeiten der Gemeinden zudem zusätzlich ein.